Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung.
Fernsprecher 70 u. 82. Postscheck 30.

1872

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Fr. 6.00 Zeilenpreise: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 4.05 Fr., Textanzeigen 10 Fr. Amtliche Anzeigen 0.50 Zeile.

Nr. 147. Saarlouis, Mittwoch, den 7. Juli 1926 55. Jahrgang.

Am Vorabend der französischen Finanzdebatte.

Die Parteien u. die Unterzeichnung des Schuldenabkommens. — Die indirekten Steuern.

Meinungsverschiedenheiten im Kabinett.

Paris, 6. Juli. Nach dem „Petit Parisien" hat Zusammenfassung mit dem gestrigen Ministerrat mitteilt, liegt die Schwierigkeit für die Regierung darin, eine Unterzeichnung des Washington Abkommens zu erreichen zu vermeiden. Obwohl bekannt ist daß, die Frage der Vollmachten noch Möglichkeit zu umgehen. Caillaux habe bei ausgedehnte Vollmachten verlangen wollen, aber seine Kollegen hätten ihm nicht zugestimmt. Die hätten darauf hingewiesen, daß das Parlament gerade in diesem Punkte sehr empfindlich geworden sondern. Man scheue sich, daß sich die Vollmachten darauf beschränken werden, eine neue Beteiligung gewisser Steuern auf dem Verwaltungswege zu ermöglichen.

Heute vormittag findet ein neuer Kabinettsrat statt, bei dem es sich darum handelt wird, die noch bestehenden Gegensätze im Kabinett zu beseitigen. In parlamentarischen Kreisen heißt man den Programm der Regierung sehr reserviert gegenüber. Die Gruppen der Kammer werden nur bei Gelegenheit der Beratungen zusammentreten. Für die Mehrheitsgruppen wird wahrscheinlich Malvy sprechen. Die werden das Kabinett unterstützen, wenn es die Notlage lieferung des Washington Abkommens nicht verlangt und wenn es befriedigende Erklärungen über indirekte Steuern abgibt.

Die „Liberté" erfährt, daß in dem gestrigen Ministerrat gehr Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten seien. Die Minister, die dem Kabinett angehören, hätten versucht, gegen die Schaffung neuer indirekter Steuern einzutreten.

„Ungeschminkte Wahrheit."

Paris, 6. Juli. Die heutige Kammersitzung wird mit einer großen Rede Caillaux eröffnet werden, der ausführlich seine Gedanken über die Finanzfragen darlegen will. Die offizielle Rede, die Caillaux ausarbeitet, will kein Interesse dienen soll, werde aber heute von Caillaux noch nicht den Hause mitgeteilt werden, da ihre endgültige Ausarbeitung noch nicht beendet ist. Der Finanzminister will dem französischen Volk über die wahre Situation ungeschminkte Wahrheit sagen und darauf verweisen, daß in dem Bericht der Finanz-Kommission Vorschläge für die Gesetzgebung der Kammer zu haben sei. Alles wird bestimmt angeführt werden, die Schätzungen des Franken zu erreichen.

Caillaux will bei dieser Gelegenheit verlangen, daß parlamentarisch ein langes Verfahren eingeschlossen werden. Der Finanzminister fordert, daß ihm die Kammer das Recht Ermächtigung und die Ermächtigung erteilen muß, auf dieselben Bestimmen Wege alle von ihm als notwendig erachteten Maßnahmen zu treffen.

In gestrigen Kabinettsrat soll Caillaux es bereits bekanntgesetzt haben, daß die Kammer heute und morgen zu einer

sofortigen Entscheidung gezwungen werden soll. Die Regierung will ein Vertrauensvotum verlangen. Falls die Sitzung nicht gewährt werden, so wäre das Kabinett gefallen. In Regierungskreisen glaubt man indes nicht an eine solche Möglichkeit, sondern ist überzeugt, daß sich die Kammer in diesen kritischen Augenblick hüten wird, eine neue Regierungskrise heraufzubeschwören.

Ueber die von den Sachverständigen vorgeschlagenen Steuererhöhungen erfährt man, daß der Finanzminister diese nicht für durchführbar erachtet. Zunächst müsse eine Verstärkung eintreten, die Steuerhöhungen Verschwendende Stimmen die Rückkehr zur Gesundheitung erzielen.

Im gestrigen Ministerrat teilte Caillaux mit, daß er an der Notwendigkeit unzähliger Maßnahmen bei dieser Stellungnahme aber heute, vielmehr nur die Erörterung von Krediten aus Auge faßte.

Die Rolle Dr. Schachts.

Ein angeblicher Vorschlag Schachts.

Paris, 6. Juli. Die vielfachen falschen Gerüchte über den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und sein Eingreifen bei einer Frankenstützungsaktion lassen sich nunmehr auf folgende Tatsachen zurückführen: Der Präsident der Federal Reserve Board Bank, Strong, hatte die erste Anregung gegeben, mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, dem Gouverneur der Bank von England, Norman und dem Gouverneur der Bank von Frankreich eine Konferenz abzuhalten, die sich mit der Frage der Stabilisierung der französischen Währung beschäftigen sollte.

Das „Echo de Paris" glaubt heute morgen zu wissen, daß diese Konferenz früher oder später zustandekommen werde. Sicher habe nur der Gouverneur der Federal Reserve Board, der Präsident der Federal-Reserve Board-Bank und der Präsident der Reichsbank miteinander verhandelt. In diesen Besprechungen soll auch der Gouverneur der Bank von Frankreich zugezogen werden.

Ueber die Rolle der Emissionsbanken sowie über die Wiederherstellung der Stabilisierung in allen Ländern sind die Herren einer Auffassung. Dr. Schacht wolle, wie das Blatt weiter behauptet, das Angebot machen, daß für eine Milliarde Goldmark Devisenzusicherungen Deutschlands aufgebracht werden sollen. Um diese Operation zu ermöglichen, müsse aber der im Londoner Abkommen von 1924 gegebene günstige Zinsfuß von 5 auf 7 Prozent erhöht werden. Die Zinsen würde Frankreich zahlen. Die Zinszahlung werde von der deutschen Regierung geführt werden.

Natürlich müsse, was das Blatt auch sagt, Frankreich derartige Zugeständnisse an Deutschland bezahlen, und zwar nicht nur in Form der Zinsen, sondern auch der Zinsendienst für die Obligationen vorgesehen werden müsse, sondern auch in den anderen europäischen Hauptstädten, in denen sich Käufer für die Obligationen finden sollten.

Zur Frage der Fürstenabfindung.

Vergleichsbereitschaft der Hohenzollern.

K. Berlin, 6. Juli. Bei der Preußischen Staatsregierung ist gestern ein Schreiben des Vertrauensmannes des Hohenzollern des ehemaligen preußischen Kronprinzen, v. Berg, eingegangen, in dem sich dieser bereit erklärt, Verhandlungen auf der Basis des Vorschlags vom 12. Oktober 1925 bereit erklärt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Die preußische Staatsregierung wird mir bestätigen können, daß ich mich stets bei Ueberwinden der Verhandlungen des Hohenzollern Hausfideikommiß, zuerst durch den am 12. Oktober 1925 Vorschlag vorgeschlagenen Vergleichsbereitschaft gezeigt habe, die Vermögensauseinandersetzung, wie sie vorgeschlagen wurde, bei mir zur Vorlage an das Reichsgericht gelangt, die mir zur Vorlage an das Reichsgericht gelangt sind, die Vermögensauseinandersetzung, wie sie vorgeschlagen wurde, bei mir zur Vorlage an das Reichsgericht gelangt sind